

Preliminary synthesis of work exchange networks.

"die theorie des doppelten überlebensprinzips stellt einen versuch dar, die sich wechselseitig beeinflussenden zwischenstaatlichen und innenpolitischen anreize und zwänge in einem ansatz logisch kohärent zu erfassen. sie beruht auf der ökonomischen theorie der demokratie, die zum zweck der erklärungen von außenpolitischen entscheidungen in demokratisch verfassten staaten um die balance of threat-theorie erweitert wurde. das konzept geht davon aus, dass politische akteure zum zweck des innenpolitischen überlebens (internes überlebensprinzip) solche außenpolitische maßnahmen treffen, die die externe sicherheit des staates am effizientesten zu gewährleisten versprechen (externes überlebensprinzip). zu diesem verhalten werden sie durch die erwartung geleitet, für sicherheitspolitisch effiziente entscheidungen mit wählerstimmen belohnt zu werden. da das wissen darüber, mit welchen maßnahmen die staatlichen bedrohungen minimiert werden können, aus einer zum großteil auf der systemebene angesiedelten bedrohungsanalyse hervorgeht, orientieren sich die machträger bei der gestaltung der rangordnung von handlungsalternativen an den externen rahmenbedingungen. durch die berücksichtigung des politischen kosten-nutzen-kalküls im hinblick auf die gewährleistung nicht nur der externen, sondern auch der internen überlebenschancen gleichermaßen kann erklärt werden, warum sich staaten in bestimmten außenpolitischen entscheidungssituationen so und nicht anders verhalten. das zustandekommen von außenpolitischen entscheidungen in demokratien ist so auf den wettbewerb politischer akteure um die sicherung des doppelten überlebens zurückzuführen. als illustration der jeweiligen analyseschritte in anlehnung an die theorie des doppelten überlebensprinzips wird zum schluss das beispiel der polnischen raketenabwehrentscheidung vom august 2008 vorgestellt. weitere empirische analysen werden benötigt, um die fruchtbarkeit der theorie zu belegen."

1. Einleitung

Bereits seit den 1980er Jahren problematisieren sozialwissenschaftliche Geschlechter-forscherinnen und Gleichstellungspolitikern Teilzeitarbeit als hoch ambivalente Strategie für Frauen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Kritisiert werden mangelnde Existenzsicherung, fehlendes Prestige und die geschlechterhierarchisierende vertikale und horizontale Arbeitsmarktsegregation (Jurczyk/ Kudera 1991; Kurz-Scherf 1993, 1995; Floßmann/Hauder 1998; Altendorfer 1999; Tálos 1999). In wohlfahrtsstaatlichen Arbeiten wird kritisch hervorgehoben, dass Ideologie und Praxis von Teilzeitarbeit, die als „Zuverdienst“ von Ehefrauen und Müttern zum männlichen Familieneinkommen konstruiert werden, das *male-breadwinner*-Modell (Sainsbury 1999) selbst dann noch stützen, wenn dieses angesichts hoher struktureller Erwerbslosigkeit und der Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse bereits erodiert ist. Als frauenpolitisch intendiertes Instrument wird schließlich Teilzeitarbeit als verkürzte „Bedürfnisinterpretation“ (Fraser 1994) identifiziert: Die Arbeitszeitreduktion von Frauen wird als

Vereinbarung von Familie und Beruf, nicht aber von Familie und Karriere gedacht und realisiert.

Aus der Sicht von PolitikerInnen, Führungskräften und SozialwissenschaftlerInnen verlangen hochqualifizierte Funktionen und leitende Positionen, d.h. Arbeitsplätze, die mit Macht, Geld und gesellschaftlichem Ansehen ausgestattet sind, ungeteilten Einsatz, Anwesenheit und Loyalität. Leitbilder von Führung enthalten die Prämisse der „Rund-um-die-Uhr-Verfügbarkeit“ im Sinne eines weit über die Normalarbeitszeit hinausgehenden zeitlichen Engagements (Burla et al. 1994; Kieser et al. 1995).

Demgegenüber gibt es aber empirische Evidenzen dafür, dass Leitungsfunktionen im Rahmen verkürzter Arbeitszeit wahrgenommen werden können. Ein Beispiel sind öffentlich Bedienstete, die in Österreich zur Ausübung eines politischen Demgegenüber gibt es aber empirische Evidenzen dafür, dass Leitungsfunktionen im Rahmen verkürzter Arbeitszeit wahrgenommen werden können. Ein Beispiel sind öffentlich Bedienstete, die in Österreich zur Ausübung eines politischen Man2009s (Nationalrat, Bundesrat, Landtag) ihre Arbeitszeit reduzieren und ihre berufliche Tätigkeit, selbst in leitenden Positionen, weiter ausüben.